Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Manuscripte der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 218. Dienstag den 6. August 1878. 72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Ein von **Adam Müller** (oder Moller), Bürger zu Leipzig, 1564 gestiftetes Stipendium von 40 ℳ 46 ₰ jährlich ist an **hiesige Studirende** und zwar zunächst an **Verwandte des Stifters**, in deren Ermangelung an **Merseburger Stadtkinder** und wenn deren keine die hiesige Universität besuchen, beliebig auf 2 Jahre von Michaelis d. J. an zu vergeben.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche sich in einer der angegebenen Eigenschaften um dieses Stipendium bewerben wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche mit den erforderlichen Bescheinigungen bis zum **19. August d. J.** schriftlich bei uns einzureichen.

Spätere Gesuche können Berücksichtigung **nicht** finden.

Leipzig, den 23. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Messerschmidt

Bekanntmachung.

Das am Täubchenwege stehende ehem. **Laternenwärterhaus** soll nebst Zubehör **Donnerstag den 8. August a. c. früh 10 Uhr** gegen Baarzahlung unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden, vorher schon im Bauamte einzusehenden Bedingungen an den Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, den 31. Juli 1878.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Auf der Wintergartenstraße soll neues Pflaster von bossirten Steinen hergestellt und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamte, Rathhaus, Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Neupflasterung der Wintergartenstraße betr."

versehen eben daselbst und zwar

bis zum 12. August dieses Jahres Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 2. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde,

welche mit ihrer diesjährigen Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.

Leipzig, am 5. August 1878.

Der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Was uns die Wahlen lehren.

Der große Wahltag ist vorüber, die Hauptschlacht liegt hinter uns, und nur in einer Minderzahl von Wahlkreisen ist die endgültige Entscheidung bis noch auszukämpfenden Nachgefechten, den Stichwahlen vorbehalten.

Fragen wir nach dem Ergebniß des Wahlkampfes und nach dem Gewinn, den wir aus ihm davongetragen, so leuchtet uns zu allererst und ganz abgesehen von irgend welcher Parteistellung die eine erfreuliche Thatsache entgegen, daß der öffentliche Sinn, die Theilnahme am politischen Leben in Deutschland überraschend gewachsen und erstarkt ist. Die fieberhafte Spannung, mit der dem Ausfall der Wahlen entgegen gesehen wurde, der wachsende Eifer, den man ihnen vorher und am entscheidenden Tage selbst zuwendete, die Lebhaftigkeit, mit der man jetzt die Ergebnisse überschaut und bis ins Kleinste hinein verfolgt —, sie beweisen die Wichtigkeit, die man allerorten, bei Freund wie Feind diesen Wahlen und dem aus ihnen zu bildenden Reichstage beilegt. Wäre dieser ein bloßes „Puppenspiel", eine „Jasagemaschine", ein „Feigenblatt des Absolutismus" — und wie die liebenswürdigen Complimente der hohen Socialisten sonst noch lauten mögen —, wozu dann der Lärm? wozu die Versammlungen und Flugschriften, die Reden und Aufrufe, wozu all die Mühe und Qual der Wahlwühlerei, in der ja gerade die Rothen am eifrigsten sind? Nein, diese wissen trotz alles Geschreies über angeblichen Despotismus und Cäsarismus recht gut, wie bedeutsam es für sie ist, Leute ihrer Farbe in den Reichstag hineinzuschieben. Und warum? Weil man viel auf die Zusammensetzung des Parlaments ankommt, weil dieses auch bei uns ein gewichtiger Factor des öffentlichen Lebens geworden ist neben der Regierung. Wo aber Das der Fall ist, da steht es nicht schlecht um die Rechte und die Freiheiten des Volkes. Darum liegt schon in der allgemeinen lebhaften Wahlbetheiligung eine sehr beruhigende Lehre für uns, und die Socialdemokraten selbst, die in dieser Beziehung vorangehen, stellen damit dem von ihnen verspotteten Reichstage wider Willen ein unwiderlegliches Zeugniß der Hochschätzung aus.

Was nun den Ausfall der Wahlen betrifft, so haben die Communisten, die bisher 13 Vertreter im Parlamente hatten, vorerst nur in 2 Wahlkreisen entscheidende Siege davongetragen: 6 Sitze haben sie schon beim ersten Wahlgange endgültig verloren, darunter solche, auf die sie seit Jahren fest gebaut; in den Wahlkreisen Chemnitz und Zwickau, die als ihre Hochburgen galten, flattert jetzt statt der blutrothen Fahne der Commune das freundliche Banner des Reiches; auch Leipzig-Land und ein Kreis in der Reichshauptstadt, die sie schon als ihre Domaine zu betrachten begannen, sind ihnen wieder verloren gegangen. Gesetzt auch, es gelänge ihnen bei den bevorstehenden Stichwahlen, die Zahl ihrer Vertreter auf 3 oder 4 zu bringen, so würde ihre Niederlage doch immer eine vernichtende bleiben, zumal da sie im vorhinein 29 Wahlkreise als „officielle", unter allen Umständen zu behauptende oder zu erobernde bezeichnet hatten. Und wie ist Das gekommen? Die Stärke und Thatkraft, die den Unseren wiedergekehrt ist, ist die Schwäche der Gegner geworden. An der Einigkeit und Energie, an der patriotischen Erhebung und Opferfreudigkeit der Reichs- und Ordnungsfreunde ist wie an einem felsenfesten Walle der Sturmlauf der Feinde abgeprallt. Dies ist die andere Lehre, die wir aus den Wahlen ziehen sollen. Wo wir einig gewesen, da sind wir auch stark gewesen.

Und diese Einigkeit und Stärke thut uns auch fernerhin noch gar sehr noth. Denn wenn die Socialdemokratie auch Niederlagen erlitten hat in Bezug auf die Zahl ihrer Reichstagssitze, so hat sie doch wiederum keine erlitten in Bezug auf die Zahl ihrer Anhänger. Mustern wir die riesigen Ziffern der Minoritäten, die sie fast allerwärts aufgebracht hat, so nehmen wir mit Schrecken wahr, daß die Zahl der socialistischen Wähler trotz alledem und alledem nicht gesunken, sondern auch diesmal um ein Bedeutendes gestiegen ist. Wir lernen daraus — und dies ist die dritte Lehre, die uns die Wahlen ertheilen —, daß es mit der Wahlarbeit, die hinter uns liegt, nicht gethan, daß dieser Gifthaum überhaupt nicht auf Einen Hieb zu fällen, daß vielmehr noch ein großes und gewaltiges Stück Arbeit zu bewältigen ist, daß wir unermüdlich sein müssen in der Bekämpfung der drohenden Revolution, und zwar nicht nur auf dem Felde der Wahlen und der Gesetzgebung, sondern auch auf dem der freien bürgerlichen Hülfsthätigkeit.

Vor Allem aber gilt es, die Lehren des beendeten Wahlkampfes auf die noch ausstehenden Stichwahlen anzuwenden, und ohne Ermüdung, ohne Groll und Hader einig und geschlossen dem zu verzweifelter Gegenwehr bereit stehenden Feinde die Stirn zu zeigen. Auf denn, ihr Freunde der Ordnung! Schaart Euch dicht zusammen, fragt nicht erst viel nach der Parteifarbe Dessen, der mit einem socialistischen Gegner ringt! Den Feinden des Vaterlandes gegenüber gilt nur Eine Losung; sie heißt: „Deutschland über Alles!"

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 5. August.

Das Befinden Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, welcher am Sonnabend das zweite Vollbad genommen hat, fährt fort, ein zufriedenstellendes zu sein, die Beweglichkeit und Elasticität des rechten Armes ist im Zunehmen. Am Sonnabend Abend, nach der Verabschiedung von dem sächsischen Königspaare, unternahm der Kaiser noch eine Spazierfahrt nach Doppelburg und verweilte daselbst einige Zeit. — Die Großherzogin von Baden hat den Bürgermeister von Teplitz in längerer Audienz empfangen und demselben den Dank des Kaisers für den von Seiten der Einwohner bereiteten herzlichen Empfang und für die Ehrenwache in der huldvollsten Weise ausgesprochen.

Die Bundesraths-Arbeiten werden voraussichtlich schon in acht bis zehn Tagen beginnen, und zwar sollen zunächst die Ausschüsse zusammentreten. Dieselben werden sich jedenfalls zuerst mit dem Entwurf zu dem Socialistengesetz zu beschäftigen haben; dasselbe ist vertraulich den Bundesregierungen zur Begutachtung zugegangen. Angeblich wären bereits einige Rückäußerungen erfolgt, und man will wissen, daß eine Umarbeitung des ursprünglichen Entwurfs wenigstens in einzelnen Puncten nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Der Entwurf ist umfangreicher als sein Vorgänger, seine Motive sollen recht eingehend gehalten sein. Manches, was hier und da von Einzelheiten gemeldet worden, gilt als ungenau, wenn nicht als unrichtig. In Regierungskreisen meint man, es würde sich, sobald eine Verständigung über die Grundlagen erzielt worden, eine Form finden lassen, welche auch den Gegnern eines „Ausnahmegesetzes" die Annahme dieses Entwurfs möglich machen dürfte. Man wünscht deshalb dringend die Verweisung der Vorlage an eine Commission, und es ist kaum zu bezweifeln, daß sich der Reichstag dazu entschließen wird.

Nach einer anscheinend officiösen Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sieht es nicht so aus, als ob das Publicum von den Ermittelungen des Kriegsgerichts, das aus Anlaß des Untergangs des „Großen Kurfürsten" zusammen berufen werden soll, Aufklärung darüber zu erwarten hat, ob etwa das bisher beobachtete System oder nur ein unglückseliger Zufall an der Katastrophe Schuld ist. Die „Wes.-Ztg." hatte nämlich Bedenken dagegen ausgesprochen, daß Generale zum Kriegsgericht einberufen werden, da sie das technische Verständniß, welches zur Beurtheilung eines so schwierigen Seeunfalls nothwendig ist, nicht besitzen. Hierauf antwortet die „Nordd. Allg. Ztg.", auf Beurtheilung einer technischen Frage komme es gar nicht an, sondern darauf, zu entscheiden, ob bei dem Unglück gegen vorhandene Vorschriften und Gesetze gehandelt ist, und wie weit eine etwaige Uebertretung derselben strafbar ist. Wollte man Festsetzungen haben, ob eins oder das andere Manöver richtiger oder besser hätte ausgeführt werden können, dürften nur Techniker zur Entscheidung berufen werden, hier aber soll der Verstoß gegen Reglements behandelt werden, und dazu bedarf es einer unparteiischen Beurtheilung, die von Generälen gerade so gut ausgeübt werden kann. — Das „Berl. Tagebl." bemerkt dazu: Hieraus geht klar hervor, daß die eigentlichen Ursachen des Unglücks, falls sie nicht gerade in einem Verstoß gegen das Reglement bestanden haben sollten, was ja kaum anzunehmen ist, vom Kriegsgericht nicht werden aufgeklärt werden. Die vorgebrachten Gründe, warum Dies nicht geschehen kann, wollen wir bereitwilligst anerkennen; wir fragen aber, ob nicht gerade durch den etwaigen Nachweis, daß ein Verstoß gegen das Reglement nicht vorgekommen, die Vermuthung erst recht bestätigt werden würde, daß das Reglement selbst irgend welche Unvollkommenheiten enthält. Dieser Punct ist doch aber nicht weniger wichtig, als die Gewißheit, daß gegen das Reglement nicht verstoßen worden. Bei dieser Sachlage scheint es uns eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit zu sein, daß, nachdem das Kriegsgericht seinen Spruch gefällt, eine Untersuchungscommission von technischen Sachverständigen gebildet werde, um auch die Bestimmungen des oder der Reglements, die hier in Betracht kommen, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

In dem Augenblicke, wo zwischen Preußen und der Curie Verhandlungen gepflogen werden, dringt eine Verfügung einer Berliner Behörde ins Publicum, deren Behandlung in den verschiedenen Stadien geeignet ist, mancherlei Gefühle zu erregen. Die Berliner städtische Schuldeputation hat an die Vorsteher und Vorsteherinnen dortigen Privatschulen eine Verfügung erlassen, durch welche dieselben aufgefordert werden, Lesebücher, deren religionsgeschichtlicher Inhalt Angehörige der einen oder anderen Confession verletzen könnte, schleunigst aus den Lehranstalten zu entfernen. Die Schuldeputation hat unter Anderm gefunden, daß in dem von Sebald und Kletke herausgegebenen Lesebuche für höhere Töchterschulen sich folgende Stellen finden, welche katholische Schülerinnen verletzen können: 1) Engel's „Traum des Gallilei", insbesondere die Stelle: „Wie stürzt vor ihnen (den Verfolgern Gallilei's) andächtig das Volk hin, das sie um die Frucht seiner Aecker betrügen und sich Freudenmale von dem Fett seiner Heerden und dem Most seiner Trauben bereiten". 2) Die Schiller'sche Darstellung von „Gustav Adolf's Tode", welche nicht in einzelnen Ausdrücken, sondern durch ihre Tendenz katholische Gewissen verletzt. 3) Aehnlich verhält es sich mit Göcking's „Auf der Stelle, wo Gustav Adolf fiel" — S. 202 und 203 und 4) Schopenhauer's „Lucas Kranach" S. 443 und 444. Einen Commentar zu dieser Angelegenheit kann sich Jeder wohl selbst machen.

Die 51. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, welche statutengemäß vom 18. bis 24. September d. J. tagen sollte, wird auf einstimmigen Beschluß der Geschäftsführer und des Central-Comités acht Tage früher, vom 11. bis 18. Sept., in Kassel abgehalten werden, ohne daß sonst an dem bereits veröffentlichten Programme etwas anderes, als das Datum des betreffenden Wochentages geändert würde. Da nämlich die Anfangs auf den Zeitraum vom 8. bis 14. September festgesetzten Kaisermanöver vor Kurzem definitiv gerade auf die Tage, in welchen die Naturforscher-Versammlung abgehalten werden sollte, gelegt sind, so befand sich die Geschäftsführung vor der Alternative, entweder alle die Nachtheile und Schwierigkeiten, welche die Verlegung der Versammlung mit sich bringt, auf sich zu nehmen, oder den Verlauf der Versammlung selbst zu gefährden, dadurch, daß sie sich bei dem zu der Größe der Stadt in keinem Verhältnisse stehenden Andrang von Fremden, der bei diesem doppelten Anlaß voraussichtlich entstehen muß, der Mittel beraubte, die Naturforscher und Aerzte genügend unterzubringen und zu versorgen. Infolge dieser Verlegung werden selbstverständlich auch noch diejenigen Vereine, welche Sitzungen sogleich vor oder nach der Naturforscher-Versammlung abzuhalten vorhatten, genöthigt sein, auch ihrerseits dieselben im Anschlusse an jene zu verlegen.

Das dem italienischen Parlamente vorgelegte Grünbuch umfaßt drei Perioden. Die erste — vom 8. März bis 25. April 1877 — beginnt mit der Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch die Großmächte und schließt mit der Kriegserklärung Rußlands an die Türkei. Aus den betreffenden Schriftstücken geht die wichtige Rolle der italienischen Diplomatie und die Unparteilichkeit ihrer versöhnlichen Action hervor. Die zweite Periode — vom 25. April 1877 bis zum 24. März 1878 — umschließt die ganze Kriegsepoche und endigt mit dem Vertrage von San Stefano. Die bezüglichen Documente ergeben, daß die Beziehungen zwischen Rom und Bukarest stets herzliche waren, daß Italien nicht aufhörte der serbischen Regierung Rathschläge zu ertheilen und daß es auch dem griechischen Cabinete jederzeit in freundschaftlicher, loyaler Sprache Klugheit anempfahl. Die Entschließung Griechenlands, seine Truppen wieder innerhalb der Landesgrenzen zurückkehren zu lassen, war der Initiative der Vertreter Italiens, Frankreichs und Rußlands zu danken, welchen Staaten sich die übrigen Mächte anschlossen. Diese Regierungen gaben Griechenland die Versicherung, daß die hellenischen Interessen einen Gegenstand der Berathungen auf dem Congresse bilden würden. Das Verhalten des Grafen Maffei, des Gesandten der italienischen Regierung am griechischen Hofe, erhielt die Billigung des Ministeriums. Nach dem Abschlusse des Vertrages von San Stefano wandte der Ministerpräsident Depretis neuerlich seine Sorgfalt den griechischen Interessen zu, ebenso befaßte sich derselbe mit den Rechten und Pflichten der Kriegführenden und der Neutralen. Das Verhalten der italienischen Regierung, welches sich vor Beginn der Feindseligkeiten auf die Verhinderung des Krieges gerichtet hatte, war späterhin auf die Vorbereitung und die Beschleunigung des Friedensschlusses berechnet. Die dritte Periode — vom 25. April bis 3. Juni 1878 — umfaßt die dem Zusammentritt des Congresses vorausgegangenen Verhandlungen. Die Documente weisen nach, daß Italien sich immer bereit erklärte, am Congresse theilzunehmen, frei von jedem Engagement gegenüber Rußland, frei von jedem Engagement gegenüber den anderen Mächten.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich wieder angelegentlich mit Deutschland. Die Reichstagswahlen und die Kissinger Verhandlungen mit Rom bieten willkommene Gelegenheit, um Bismarck's Ungezwungenheit den Liberalen gegenüber darzulegen und anzudeuten, daß er, um das ultramontane Centrum zu gewinnen, einige Etappen auf dem Wege nach Canossa gehen und dann Arm in Arm mit Windthorst und Genossen die liberalen Philister schlagen und Finanzgesetze ganz nach seinem Geschmacke durchsetzen werde. Diese tiefsinnigen Betrachtungen haben für ernste Leser nur den Werth, daß sie lehren, wie sehr die Beobachter an der Seine sich freuen würden, wenn im deutschen Reiche Alles aus den Fugen ginge. Freilich fehlt es ihnen nicht an gleichfühlenden Seelen, selbst in deutschen Residenzen, wie Dresden. Der Temps, der die deutschen Zustände etwas besser kennt, findet erstens, daß die Auflösung des Reichstags ein Fehler war, und daß, wenn Bismarck erreichen wolle, was er von den Neuwahlen erwartet haben mochte, er Dies jetzt werde so theuer bezahlen müssen, daß er selber vor dem Preise erschrecken müßte. „Univers" nennt mit Behagen als erstes Opfer der neuen Aera Falk, der über Bord geworfen werden müsse. Die clericale „Défense" setzt u. A. ihren Gläubigen auseinander, was der Reptilienfonds zu bedeuten habe. „Die Agenten desselben suchen die Presse dem Willen und den Launen Bismarck's günstig zu stimmen, und es ist nur zu wahr, daß diese Agenten sich auch in Frankreich Leser verschafft haben; französische Blätter leben von Deutschlands Gelde, das ist traurig zu sagen, bitter, weil es wahr ist. Leider läßt sich unmöglich laut sagen, was man weiß" ꝛc. Das Curioseste in diesen angeblichen Enthüllungen der „Défense" ist, daß die Agenten des Reptilienfonds ihre Leute in der radicalen